



**+++ 1. Dezember +++
Welt-AIDS-Tag**

Seit 1988 findet jedes Jahr am 1. Dezember der Welt-AIDS-Tag statt. Dieser soll dazu beitragen, dass HIV-Positive oder an AIDS Erkrankte ohne Ausgrenzung und Diskriminierung in unserer Gesellschaft leben können. Der internationale Tag wird in vielen Ländern von einer mehrtägigen Kampagne begleitet, die über die Autoimmunerkrankung aufklären und zum Nachdenken und Reden anregen soll.

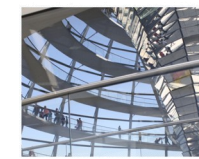
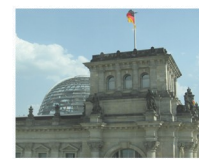
Auch in Darmstadt gibt es ein Projekt zur Förderung der öffentlichen Wahrnehmung von HIV und AIDS.

Der vielbunt e.V. und die AIDS-Hilfe Darmstadt haben an mehrere Buchhandlungen in Darmstadt rote Schleifen zur Befestigung an der Kleidung ausgegeben. Die als Zeichen der Solidarität zu verstehenden Schleifen können gegen eine kleine Spende erworben werden.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

28. November 2012

Liebe Leserinnen, liebe Leser

am Donnerstag letzter Woche rief der Leiter der Berliner Charité, Professor Einhäupl, bei mir an und fragte, ob ich die Leitung einer Expertenkommission übernehmen würde, die Konsequenzen im Hinblick auf Kommunikationsstrukturen und Mitarbeiterführung aus den Vorfällen um einen sexuellen Missbrauch an der Charité vorschlagen sollte. Ich sagte zu – nicht ahnend, dass ich ab Sonntag selber Patientin der Charité sein würde und damit eine völlig andere Sicht auf die Dinge möglich sein würde...

Am letzten Samstag wurden in Köln die Behindertensportler des Jahres gewählt. Ausgezeichnet wurden die Leichtathletin Birgit Kober, der Tischtennispieler Jochen Wollmert und das Rollstuhlbasketball-Team der Damen. Auf dem Heimweg von der Preisverleihung ins Hotel übersah ich eine kleine Stufe, fiel hin und stützte mich dabei so unglücklich ab, dass ich jetzt mit einer Trümmerfraktur des linken Oberarms in der Charité liege. Eine sehr schmerzhaft und langwierige Geschichte, die ich mir da zugezogen habe.

Leider führt diese Verletzung auch dazu, dass ich dieses Jahr nicht mehr nach Darmstadt und in den Landkreis kommen kann. Reisen und größere Menschenansammlungen sind für die nächsten 20 Tage gestrichen – jede Erschütterung vermeide ich aber schon von mir aus, weil sie so schmerzhaft ist!

Das Thema Patientenrechte, das diese Woche im Deutschen Bundestag behandelt wird, hat für mich also auch noch mal eine völlig andere Dimension bekommen. Die Position der SPD zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sehen Sie auf der nächsten Seite. Das Geschehen im Bundestag verfolge ich aber diese Woche nur über das Fernsehen – bis Freitag bin ich mindestens noch im Krankenhaus und beschäftige mich nebenbei mit der „Feldforschung“ in der Charité...

Ihnen allen wünsche ich eine schöne, geruhige und gesunde Adventszeit – der Weihnachts-„Brief aus Berlin“ kommt in unserer letzten Sitzungswoche, die am 10. Dezember beginnt.

Mit besten Grüßen

Euse / Ihre Brigitta Zypries



Was ist eigentlich...

... das „Internet der Dinge“?

„Internet der Dinge“ – vielleicht haben Sie diesen Begriff auch schon einmal gehört und sich gefragt, was sich eigentlich dahinter verbirgt. Es ist die „technische Vision, Objekte jeder Art in ein universales digitales Netz zu integrieren“. Das bedeutet ganz einfach eine zunehmende Verknüpfung und Kommunikation von Maschinen untereinander. In Handys und Smartphones ist dies heute teils schon realisiert.

Zukünftig sollen auch Alltagsgegenstände miteinander kommunizieren können. So könnte ein Auto, das mit einem Sensor eine vereiste Fahrbahn feststellt, diese Warnung automatisch an die nächsten Autos senden. Bis die neue Technik voll genutzt werden kann, sind noch weitere Entwicklungen und Fragen zu Gefährdungs- und Missbrauchspotentialen zu klären.

Ausführlichere Infos dazu gibt es in der Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages [hier](#).

Patientenrechte verbessern

Am Donnerstagabend wird im Bundestag über das **Patientenrechtegesetz der Bundesregierung** abgestimmt. **Die SPD wird es ablehnen. Aus unserer Sicht fehlen wesentliche Regelungen zum Schutz und zur Interessenvertretung von Patientinnen und Patienten.** Außerdem hat der Gesetzentwurf noch weitere gravierende Schwachstellen: Es fehlen zum Beispiel Regelungen, die sicherstellen, dass Ärzte eine ausreichende Haftpflichtversicherung haben und dass **Patienten ordentlich über Sinn und Zweck individueller Gesundheitsleistungen (die sogenannten „IGeL“) aufgeklärt werden.** Der Gesetzentwurf übersetzt im Prinzip nur die zur Zeit schon von den Gerichten praktizierte Rechtsprechung nachträglich in einen Gesetzestext – er stellt aber keinen echten Fortschritt für die Patienten dar. Man muss sogar befürchten, dass die Weiterentwicklung der Rechtsprechung im Sinne der Patienten durch diesen Gesetzentwurf blockiert wird.

Die Fraktion der SPD hat bereits im März 2010 einen Antrag „Für ein modernes Patientenrechtegesetz“ eingebracht (zu lesen [hier](#)). Darin fordern wir u. a. ein **verbessertes Risikomanagement und Fehlermeldesysteme, eine Stärkung der Opfer von Behandlungsfehlern, bessere Beteiligungsrechte für Patientenorganisationen in Gremien und die Stärkung der Patientenrechte gegenüber Sozialleistungsträgern und Leistungserbringern.** Jetzt haben wir noch weitere Anträge formuliert: Der Antrag „Patientenrechte wirksam verbessern“ (Download [hier](#)) greift die oben genannten Schwachstellen auf und macht dazu Vorschläge. Zum Beispiel den, dass **Patienten nach jedem Eingriff einen Patientenbrief bekommen, der verständlich den Verlauf der Operation und eventuelle Komplikationen erklärt.**

Unser Antrag „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ behandelt einen Punkt noch einmal genauer: Die „IGeL“ - also Leistungen, die nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehören und die Patienten aus eigener Tasche bezahlen müssen. Der Umsatz mit „IGeL“ steigt immer schneller an - seit 2008 um 500 Mio. Euro. Nun kennt wahrscheinlich jeder dieses Problem: man selbst weiß einfach oft nicht, ob eine bestimmte Untersuchung sinnvoll wäre oder nicht und ob die Krankenkassenleistungen ausreichend sind. Grundsätzlich gilt aber: **Wenn Untersuchungen medizinisch notwendig sind, muss die Kasse bezahlen. Sind sie es nicht, braucht man sie eigentlich auch nicht.** Wir finden, wenn zusätzliche Leistungen angeboten werden, muss wenigstens ordentlich aufgeklärt werden: Es soll immer ein schriftlicher Behandlungsvertrag mit dem Patienten geschlossen werden. In den Arztpraxen sollen Listen aushängen, aus denen abzulesen ist, warum die Kasse eine bestimmte Leistung nicht bezahlt. So wollen wir dazu beitragen, dass Patienten eine bessere eigene Entscheidung treffen können.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
privat*

Neue Wege gehen – Gute Politik für ländliche Räume

Nach der Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Schäuble zu Finanzhilfen für Griechenland steht am Donnerstag eine 90-minütige Debatte zum „Raumordnungsbericht 2011“ auf der Tagesordnung. Darin geht es unter anderem um die Entwicklungen in ländlichen Gebieten. Das ist ein Thema, das auch für die Darmstädter Umgebung eine Rolle spielt. Wir stellen einen Antrag, der sich „Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit - Politik für ländliche Räume“ nennt. [Hier](#) kann man den ganzen Text lesen. Wir finden: **Die Politik für die Entwicklung ländlicher Räume muss neue Wege gehen. Man kann nicht einfach alles über einen Kamm scheren: So unterschiedlich ländliche Räume strukturiert sind, so unterschiedlich müssen die Politikangebote für ihre Entwicklung sein.** Neben wirtschaftlich sich gut entwickelnden, industriell erstarkenden und dynamischen Regionen gibt es in Deutschland auch strukturschwache, peripher gelegene Regionen, die mit erheblichen ökonomischen, sozialen und demografischen Problemen zu kämpfen haben.

Für die Attraktivität einer Region sind neben der geografischen Lage und der Schönheit der Landschaft vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Bedeutung. Wenn Menschen vor Ort oder im näheren Umfeld keine Möglichkeit finden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wandern sie ab. Dann setzt sich ein Kreislauf von Betriebsschließungen und sinkendem Arbeitsplatzangebot in Gang. **Ländlichen Regionen mangelt es besonders an gut ausgebildeten Fachkräften; insbesondere hochqualifizierte Frauen wandern ab und so verschärft sich die Situation für Unternehmen in ländlichen Räumen.** Der Lohnunterschied zwischen Stadt und Land, sowie der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen führt ebenso zur Abwanderung wie eine unzureichende Kinderbetreuung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht ganz oben auf der Prioritätenliste.

Zusammen mit dem demografischen Wandel bedroht die Abwanderung auch die vor-Ort-Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Einzelhandel, Post und Bank sowie Bildungs- und Kulturangeboten und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wir brauchen Konzepte für Förderprogramme, die regionale Besonderheiten beachten, Maßnahmen, die die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Regionen unterstützen - und damit indirekt auch die Kommunalfinanzen stärken und Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen ganztägige Kinderbetreuungsangebote, Zugang zu Aus- und Weiterbildungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene und Maßnahmen, die regionalen Natur- und Kulturlandschaften zu schützen und zu erhalten. So bleiben – oder werden – die ländlichen Regionen attraktiv.